

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 10

Artikel: Brief aus Amerika
Autor: Sturmthal, Adolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335722>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief aus Amerika

Neuyork, Ende August 1947

Lieber Freund,

In Ihrem letzten Brief sagten Sie: «Eine in den USA ausbrechende Wirtschaftskrise – sie kann nicht mehr lange auf sich warten lassen – wird wohl die stärkste Gefährdung des Weltfriedens heraufbeschwören. Der Gedanke eines antikommunistischen Krieges scheint drüben ja schon sehr populär zu sein...»

Ähnliche Gedanken habe ich auch in Zeitungen und Zeitschriften aus Europa, die in meine Hände geraten sind, gelesen. Sowenig ich mich als Propheten gebärden möchte, lohnt es sich vielleicht doch, wenn ich ein paar Bemerkungen zu diesen Auffassungen mache.

1.

Die große amerikanische Krise hat sich, selbst wenn sie morgen ausbräche, schon erheblich verspätet. «Offiziell» war sie schon für das Kriegsende angesagt. Die Washingtoner Nationalökonomten haben, als die Feindseligkeiten in Europa sich dem Ende näherten, einen wahren wirtschaftlichen Absturz vorausgesagt. Der überraschende Abbau der Wirtschaftskontrollen war nicht zuletzt auf die Furcht vor der Krise zurückzuführen. Man wollte der Privatwirtschaft alle Hindernisse aus dem Wege räumen, um vorzubeugen oder wenigstens zu lindern, was die Experten als unausweichlich bezeichneten. Es ist auch nicht schwer, zu sehen, wie die Sachverständigen zu der Schlußfolgerung kamen, daß eine Depression vor der Türe stand. Die Kriegsausgaben der Bundesregierung beliefen sich auf dem Höhepunkt des Krieges auf rund 8 Milliarden Dollar monatlich. Der Ausfall dieser Ausgaben oder wenigstens ihre Herabsetzung auf einen Bruchteil war mit dem Ende der Feindseligkeiten zu erwarten. War es da unsinnig, anzunehmen, daß ein solcher Ausfall an Nachfrage auf dem Gütermarkt eine verheerende Wirkung haben müsse? Die Zahl von 8 Millionen Arbeitslosen, die für ein paar Monate nach Kriegsende angekündigt wurde, schien keine Überschätzung.

Daß es ganz anders gekommen ist, ist wohl bekannt. Statt eines wirtschaftlichen Rückschlages kam eine Welle der Hochkonjunktur, die zwar hinter der Kriegskonjunktur zurückbleiben mag, sich aber, sogar verglichen mit den «goldenen Jahren» vor 1929, sehen lassen kann. Es genügt vielleicht, die Statistik des Volkseinkommens für die letzten sieben Jahre anzuführen, die vom Handelsministerium geführt wird (andere Schätzungen werden anderwärts, auch von privaten Forschungsstellen, gemacht, aber die Differenzen sind für unsere Zwecke belanglos). Danach belief sich das Volkseinkommen

in den Jahren	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946
auf Milliarden \$	77,6	96,9	122,2	149,4	160,7	161,7	165,0

Für das laufende Jahr wird nach den bisherigen Anzeichen das Resultat nicht unerheblich über dem von 1946 liegen. War doch das Brutto-Nationalprodukt (das

das Volkseinkommen um einiges – darunter Amortisationen und Geschäftssteuern – übersteigt) im ersten Vierteljahr 1947 um mehrere Milliarden höher als im ersten Vierteljahr 1946.

Die Preissteigerung des Krieges läßt den Anstieg des Volkseinkommens übergroß erscheinen. Aber selbst wenn man die Dollarentwertung in Sachgütern auf rund 60 Prozent gegenüber 1940 anschlägt – etwas höher als der amtliche Index der Lebenskosten¹ –, bleibt doch ein Anstieg von 78 Milliarden im Jahre 1940 auf 103 Milliarden im Jahre 1946. Der selbe Umrechnungsschlüssel würde auch zeigen, daß von 1945 bis 1946 im Hinblick auf den raschen Fortschritt der Preissteigerung eher ein Rückgang des Volkseinkommens zu verzeichnen war, aber von dem katastrophalen Zusammenbruch, der prophezeit worden war, ist nichts zu sehen.

Das selbe Bild ergäbe sich, sprächen wir von dem Beschäftigungsgrad oder der Zahl der Arbeitslosen. Mit mehr als 60 Millionen Beschäftigten und erheblich weniger als 3 Millionen Arbeitslosen zeigt der Arbeitsmarkt alle Anzeichen einer Hochkonjunktur.

2.

Als sich herausstellte, daß die große Krise dem Kriegsende nicht unmittelbar folgte, wurde eine andere Prophezeiung populär. Eine Untersuchung des Wirtschaftsablaufes in Amerika nach dem Bürgerkrieg und dem ersten Weltkrieg zeigte eine Regelmäßigkeit, die durch die Parallele der ersten Monate nach dem Ende dieses Krieges noch bestätigt wurde. Es zeigte sich nämlich, daß das Kriegsende nach einer kurzen Periode der Verwirrung von einer Welle der Hochkonjunktur gefolgt wurde, die etwa ein Jahr dauert. Dann setzt eine scharfe, schwere, aber relativ kurze Krise ein. Sie wird von einer neuen Hochkonjunktur abgelöst, die – von kurzen und nicht sehr bedeutsamen Rückschlägen unterbrochen – mehrere Jahre dauert, um in eine Großkrise zu münden. Um die Analogie mit dem ersten Weltkrieg klarzumachen: nach dem Kriegsende im November 1918 gab es ein paar Monate Verwirrung, aber schon im Frühjahr 1919 gab es Hochkonjunktur, die bis zum Mai 1920 währte. Dann kam die erste Nachkriegskrise, ein schwerer Preisfall, aber schon 1922 war der Aufstieg wieder da, der, von kurzen Pausen in den Jahren 1925 und 1927 abgesehen, bis zur Katastrophe des Herbstes 1929 währte.

Ein Versuch, diese Analogie auf die Gegenwart anzuwenden, stößt bald auf eine ernste Schwierigkeit. Wo ist die erste, kurze, scharfe Nachkriegskrise? Die Börse erwartete sie im letzten Herbst, und der Börsenkrach vom September 1946 sah wie die Einleitung zur Krise aus. Aber abgesehen von einer kurzen Abschwächung der Hochkonjunktur in einzelnen Industrien – besonders der Verbrauchsgüter – lassen sich ernste Krisensymptome kaum feststellen. Insbesondere hat der Beschäftigungsgrad nur ganz wenig und vorübergehend gelitten. Manche Beobachter sind geneigt, diese vorübergehende Abschwächung als Gegenstück zur Krise von 1920 anzusehen. Andere halten dafür, daß dieser Rückschlag erst vor der Tür steht.

¹ Wie immer in Zeiten großer Preisschwankungen, ist der Index der Lebenskosten, der hierzulande vom Arbeitsministerium veröffentlicht wird, heftiger Kritik ausgesetzt gewesen, vielleicht nicht in allen Punkten zu Unrecht. Das Hauptergebnis der Kritik war freilich nur, daß der Titel des Indexes geändert wurde. Er heißt jetzt «Konsumentenpreis-Index für Familien in den mittleren Einkommensgruppen in großen Städten».

Es ist durchaus möglich, daß die erste Version zutrifft. Nicht nur weil es derzeit keine Krisensymptome gibt, aus denen man den Schluß ziehen könnte, der Rückschlag stehe bevor. Sondern auch, weil die besonderen Umstände, die 1920 so sehr zur Verschärfung der Krise beitrugen, diesmal völlig fehlen, ja in der umgekehrten Richtung wirksam sind. Wir sprechen natürlich vom Exportüberschuß.

Die Krise des Jahres 1920 wurde eingeleitet und verschärft durch die Einstellung der amerikanischen Kreditgewährung an die damaligen Alliierten. Damit brach die Exportkonjunktur jäh ab. Aber diesmal ist bisher nichts Derartiges geschehen. Im Gegenteil, der amerikanische Exportüberschuß ist größer denn je. Für den Monat April 1947, den letzten Monat, für den Ziffern in diesem Augenblick vorliegen, steht der Index des Ausfuhrwertes auf 343 ($1923/25 = 100$), des Einfuhrwertes auf 150. In absoluten Zahlen heißt das, daß der Ausfuhrwert für den Monat April rund 1,3 Milliarden Dollar, der Einfuhrwert etwas mehr als 500 Millionen, der Ausfuhrüberschuß in einem einzigen Monat daher beinahe 800 Millionen Dollar betrug. Auf ein volles Jahr umgerechnet, würde das einen Ausfuhrüberschuß von beinahe 10 Milliarden Dollar ergeben, sofern nicht nach der neuen Ernte der Lebensmittelexport abfallen sollte.

Und sofern nicht den Bezieherländern in der Zwischenzeit die Vorräte an Dollars und an Gold ausgehen sollten...

3.

Der wichtigste Exportmarkt der Vereinigten Staaten ist in der amerikanischen Statistik Europa. Im Monat März betrug die amerikanische Ausfuhr nach Europa nicht ganz 500 Millionen Dollar, die Einfuhr aus Europa ziemlich genau einen Zehntel, nämlich knapp 50 Millionen Dollar. Aber diese bedeutsame Rolle spielt Europa in der amerikanischen Statistik nur deshalb, weil der amerikanische Kontinent außerhalb der USA in drei Teile aufgeteilt ist, nördliches Nordamerika (Kanada und Neufundland), südliches Nordamerika (Mexiko und Zentralamerika) und Südamerika. Zusammengenommen haben sie im März mehr als 550 Millionen Dollar der USA-Ausfuhr aufgenommen und für nicht ganz 280 Millionen Dollar nach den USA exportiert. Europa kann daher nur den zweifelhaften Ruhm in Anspruch nehmen, daß es den Ursprung des größten amerikanischen Exportüberschusses darstellt, nicht aber den größten Absatz- oder Einfuhrmarkt der Vereinigten Staaten.

Daraus ist anscheinend in manchen Kreisen in Europa die Schlußfolgerung gezogen worden, der Marshall-Plan sei ein Ausdruck der Furcht Amerikas vor der kommenden Krise, die der Stockung des Exportes nach Europa zwangsläufig folgen müßte.

An dieser Behauptung ist einiges wahr, einiges völlig unzutreffend.

Der wahre Anteil besteht zur Hauptsache darin, daß «auf die Länge hinaus» die Prosperität Amerikas ohne eine gesunde europäische Wirtschaft zwar nicht unmöglich, aber doch schwierig aufrechtzuerhalten ist. Unzutreffend ist es aber, wenn es so dargestellt wird, als ob irgendein unmittelbarer Zwang für Amerika bestünde, Europa gerade jetzt dazu zu verhelfen, amerikanische Waren zu kaufen.

Es bedarf keiner langen Beweisführung, um zu zeigen, daß, sofern Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden kann, jedes Land ökonomisch – nicht militärisch oder politisch – daran interessiert ist, den internationalen Handel so intensiv wie

möglich zu gestalten. Amerikas Wohlstand würde auf die Dauer beeinträchtigt werden, könnte man aus Europa nicht jene Waren einführen, für deren Erzeugung Europa besser ausgestattet ist als die Vereinigten Staaten.

Wer also einfach behauptet, daß der Marshall-Plan ein Ausdruck – unter anderem – des weitsichtigen Interesses Amerikas an der Wiederaufrichtung der europäischen ist, sagt die Wahrheit, aber er sagt nichts Überraschendes.

Daß aber Amerika verzweifelt nach europäischem Absatz für seine Waren suchen muß, um die große Krise zu verhindern, dafür fällt es schwer, einen Beweis zu führen.

Noch immer steht die amerikanische Wirtschaft im Banne inflationistischer Gefahren. Der Export nach Europa rivalisiert mit der inneramerikanischen Nachfrage für die knappen Warenvorräte und treibt die Preise in die Höhe. Ein Nachlassen der Ausfuhr nach Europa würde daher von weiten Kreisen im Interesse der Stabilität der Preise in Amerika und damit der Ausschaltung der Gefahren, die eine weitere Steigerung der Inflation mit sich bringen müßte, willkommen geheißen werden.

Zum zweiten finanziert Amerika – ähnlich wie das die Schweiz getan hat – unter dem Marshall-Plan die eigene Ausfuhr. Die USA liefern die Waren und das Geld, das nötig ist, um für sie zu bezahlen. Als ein erfolgreiches kurzfristiges Geschäft kann das kaum angesehen werden. Als langfristige Spekulation, «auf die Länge hinaus», verwandelt sich dieses Argument wieder in jenes der Weitsichtigkeit, dessen Richtigkeit wir zugestanden haben. Es ist auch in der amerikanischen Presse betont worden, daß, wäre es wirklich so weit, daß der amerikanische Absatz um jeden Preis gefördert werden müßte, um eine Krise abzuwenden, es dafür eine einfachere Methode gäbe: öffentliche Arbeiten innerhalb Amerikas. Es wäre vermutlich leichter, den Kongreß dafür zu gewinnen, Subventionen an amerikanische Staatsbürger statt an Fremde zu bewilligen, die ja kein Wahlrecht haben und daher die Wiederwahl der Mitglieder des Kongresses im Jahre 1948 nicht garantieren können. Auch eine Steuerreduktion, die die gleiche Wirkung hätte, wäre hierzulande sehr populär, weit beliebter als Geschenke an Ausländer!!

Nun könnte man vielleicht sagen, daß die Interessen, die von öffentlichen Arbeiten in Amerika profitieren würden, schwächer sind als jene, die vom Marshall-Plan zu profitieren hoffen. Aber dafür fehlt jeder Beweis. Ja noch mehr: die Farmgruppen, die am meisten vom Export profitieren und daher am Marshall-Plan interessiert sein sollten, vertreten jene Ideen, die mit der Hilfe für Europa am wenigsten vereinbar sind: der Mittlere Westen ist isolationistisch.

Die Wahrheit ist, daß der Marshall-Plan – abgesehen von dem weitsichtigen Interesse am Wiederaufbau Europas – im wesentlichen vom amerikanischen Antikommunismus getragen wird. Der amerikanische Dollar ist vor allem als Waffe gegen den Vormarsch des Kommunismus in Mittel- und Westeuropa gedacht.

4.

Dollars als Waffe – das entspricht durchaus dem Denken eines großen Teils des amerikanischen Volkes, gewiß aber nicht seiner Gesamtheit. Nur insoweit, als man davon überzeugt ist, die Alternative zum Dollar wäre die Bombe, ist man bereit, den Dollar ins Feld zu schicken.

Man kann die Schärfe des antikommunistischen Denkens und Fühlens in den Vereinigten Staaten kaum überschätzen. Sie ist nicht allzu weit entfernt von der Intensität der Ablehnung der Japaner und der Deutschen während des Krieges. Aber die große Mehrheit des amerikanischen Volkes ist nicht bereit, einen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion zu führen.

Der fanatische Haß, mit dem der Kommunismus in den Vereinigten Staaten zu rechnen hat, richtet sich in erster Linie gegen die einheimischen Kommunisten. Zahlenmäßig ist die Kommunistische Partei der USA noch weit schwächer als etwa die Bruderpartei in England. Ein einziges Mitglied des Repräsentantenhauses, Vito Marcantonio, kann als den Kommunisten nahestehend bezeichnet werden, aber auch er ist nicht als Kommunist, sondern als Mitglied der Arbeiterpartei in Neuyork gewählt worden. Und die Arbeiterpartei, obwohl unter starkem kommunistischem Einfluß, ist keineswegs eine kommunistische Partei. Aus eigener Kraft wären die Kommunisten nicht imstande, irgendwo ein öffentliches Mandat zu erringen. Ihre wirkliche Stärke beruht auf der bekannten Aktivität und Parteitreue ihrer Mitglieder. Wenn es Massenversammlungen gibt, sind sie zur Stelle, wann immer und wie oft auch die Partei sie rufen mag. In den Gewerkschaften, denen sie angehören, haben sie sich als eifrige Mitglieder erwiesen, bereit, jede Funktion zu übernehmen, die in ihre Reichweite gelangt. Infolge besonderer historischer Umstände waren solche Funktionen in einer Anzahl der neuen Industriegewerkschaften der CIO vorhanden, und Kommunisten haben es verstanden, nicht unwichtige Positionen zu erlangen. Sie tragen wesentlich dazu bei, der kleinen Zahl der Kommunisten soziale und politische Bedeutung zu geben.

Alles in allem bleibt es dem kühlen Beobachter unverständlich, warum das mächtigste Land der Erde beim Anblick dieser kleinen Schar Kommunisten in beinahe panischen Schrecken verfallen soll, während die britische Regierung anscheinend ihre etwas größere Bedrohung weit weniger ernst einzuschätzen tendiert. Das Rätsel wird nicht viel klarer, wenn man sich vor Augen hält, daß nach dem ersten Weltkrieg der Feldzug gegen die «Roten» in Amerika noch weit intensiver war als nun. Vielleicht war damals wie heute der Antikommunismus in Amerika die notwendige ideologische Untermauerung der antirussischen Außenpolitik.

Daß eine solche Untermauerung notwendig sein mag, ergibt sich aus der Tatsache, daß der heimische Antikommunismus weit mehr Zustimmung findet als die antirussische Außenpolitik. Die hier beliebten «Gallup-Polls», statistisch recht verläßliche Plebiszite im kleinen, deuten darauf hin, daß die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung über die Gefahren einer starken antirussischen Außenpolitik besorgt ist. Es ist richtig, daß das Verhalten der Russen in den Vereinten Nationen und in Europa, besonders in Ungarn und Österreich, hier sehr wenig Verständnis gefunden hat. Selbst in jenen Fällen, wo die Russen nicht völlig im Unrecht waren, hat die Art ihres Vorgehens ihnen Sympathien entfremdet, die ihnen bei Kriegsende zu Gebote standen. Selbst ihr ärgster Feind hätte den Russen nicht viel anderes raten können, als sie ohnedies getan haben. Aber trotz dieser weitgehenden Ablehnung der russischen Politik ist nur eine Minderheit der amerikanischen Bevölkerung bereit, scharfe Methoden gegen die Sowjetunion anzuwenden.

Der Dollar ist daher eine Art Ersatz für militärische Maßnahmen. Amerikanische Kredite (deren Rückzahlung meist so unwahrscheinlich ist, daß das Wort Kredit

nur eine höfliche Umschreibung für Geschenk ist) sollen die europäischen Länder außerhalb der russischen Zone in den Stand setzen, sich gegen die Russen zur Wehr setzen zu können, falls das notwendig sein sollte. Sie dienen aber auch dem Zweck, durch die Ankurbelung der Wirtschaft die innenpolitische Gefahr der Kommunisten zu schwächen. Der Marshall-Plan ist daher nur eine Neuauflage der Truman-Doktrin, wenn auch eine verbesserte Neuauflage, die abzulehnen den meisten kontinentalen Ländern schwergefallen wäre.

5.

Damit ist freilich die Frage nicht beantwortet, ob nicht in der Zukunft, falls eine ernste Wirtschaftskrise ausbrechen sollte, der Übergang vom Dollar zur Atombombe gefunden werden wird. Nur zu oft haben Regierungen den Ausweg aus innenpolitischen Schwierigkeiten in internationalen Abenteuern gesucht. Ist es nicht wahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung, von einer Großkrise bedroht, den gleichen Kurs verfolgen werde, den Napoleon III. eingeschlagen?

Niemand kann diese Frage mit voller Sicherheit bejahen oder verneinen. Die Gesellschaftswissenschaften sind nicht so weit entwickelt, daß eine wissenschaftliche Antwort auf eine solche Frage gegeben werden könnte. Aber da in Europa anscheinend die Meinung weitverbreitet ist, ein antikomunistischer Krieg sei unvermeidlich oder wenigstens höchst wahrscheinlich, möchte ich die Hauptargumente gegen diese These anführen. Damit will ich nicht sagen, daß ich es weiß, es werde keinen solchen Krieg geben. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die Entwicklung zu einer solchen Katastrophe keineswegs «zwangsläufig» ist.

Zunächst: Hielte man einen bewaffneten Zusammenstoß mit der Sowjetunion hierzulande für unausweichlich, dann wäre es einfach unverständlich, warum es nicht schon lange dazu gekommen ist. Man hört hier, daß am Ende des europäischen Krieges nicht wenige Deutsche überrascht waren, daß die amerikanischen Armeen stehenblieben, statt ihren Vormarsch gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Das wäre vielleicht militärisch nicht ganz so leicht gewesen, wie sich das diese Deutschen vorgestellt haben mögen. Aber im Grunde hatten sie nicht unrecht. Wäre der bewaffnete Zusammenstoß zwischen den USA und der USSR unvermeidlich, dann wäre jeder Zeitverlust für Amerika gefährlich. Sowohl das wirtschaftliche wie das rein militärische Kräfteverhältnis muß sich zugunsten der Sowjetunion ändern. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wird Moskau größere Handelsfreiheit geben, und die Atombombe wird nicht für immer ein Monopol Amerikas bleiben. Statt unverzüglich loszuschlagen, hat Amerika es aber vorgezogen, in einem in Europa vielleicht nicht ganz verstandenen Ausmaß abzurüsten, das Offensivaktionen für die nahe Zukunft zumindest erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Es ist fraglich, ob Demokratien zu einem Präventivkrieg überhaupt fähig sind. Jedenfalls deuten bis jetzt alle Anzeichen darauf hin, daß Amerika einen solchen Krieg zu vermeiden sucht.

Zum andern spricht die amerikanische Tradition gegen die Hypothese, eine Wirtschaftskrise werde zur außenpolitischen Offensive führen. In der Vergangenheit haben Krisen die umgekehrte Wirkung gehabt. Sie haben die isolationistischen Tendenzen in Amerika gestärkt, Amerika auf sich selbst konzentriert, von der Umwelt abgewendet.

So ist zum Beispiel die große Krise der dreißiger Jahre nicht bloß nicht der Ausgangspunkt außenpolitischer Offensiven gewesen, sondern umgekehrt die Quelle einer Erneuerung des Isolationismus. Sowohl wirtschaftlich wie geistig hat sich Amerika von der Welt abgewendet; erst im Jahre 1937, als der Tiefpunkt der Krise schon weit zurücklag, war es dem Präsidenten möglich, die ersten vorsichtigen Gehversuche auf dem ungewohnten Terrain der internationalen Zusammenarbeit zu machen, als er in seiner Chicagoer Rede zur «Quarantäne der Aggressoren» aufrief – ohne übrigens auf viel Verständnis zu stoßen.

Die Kräfte, die einer Umwertung einer Wirtschaftskrise in eine außenpolitische Offensive entgegenstünden, sind also keineswegs unbeträchtlich. Ja sie sind so stark, daß die umgekehrte Gefahr für Europa nicht völlig übersehen werden darf, nämlich die, daß in einer Großkrise, wann immer sie kommen mag, der Isolationismus in den USA einen neuen Triumph feiern würde. Das würde nicht bloß den Vereinten Nationen den Todesstoß versetzen, sondern auch das mühselig verteidigte internationale Gleichgewicht der Kräfte erschüttern und damit eine Entwicklung in Bewegung setzen, deren Richtung sich leicht abschätzen läßt.

Gerade weil diese Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden darf, ist es notwendig, daß sich Europa auf sich selbst besinnt und sich nicht völlig auf «Onkel Sam» verläßt. Die Zusammenarbeit der demokratisch-sozialistischen Kräfte in West- und Mitteleuropa, die Überwindung nationalistischer Schranken durch Opfer auf beiden Seiten, die rascheste Wiederaufrichtung der westeuropäischen Wirtschaft und ihre Sicherung gegen Störungen von West und Ost sind dringende Aufgaben. Denn weder im Guten noch im Bösen kann Europa sein Heil allein in Amerika suchen, so viel auch die Neue Welt zur Wiederherstellung der Alten leisten kann.

Im übrigen: wer den Respekt dieses Landes der «Selfmademen» und der «Gogetters» bewahren will, wird sich des alten Sprichwortes erinnern: «Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott!» Es ist die vornehmste Aufgabe des demokratischen Sozialismus, Europa als die dritte Kraft zu konstituieren, die zwischen den demokratischen Kapitalismus Amerikas und den diktatorischen Kollektivismus der Sowjetunion treten kann. Aber Europa kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn es sich als Kraft gebärden kann, die Achtung zu gebieten vermag.

Mit herzlichen Grüßen Ihr alter

Adolf Sturmthal.